

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am 4. Februar 2011 haben in Berlin die Tarifverhandlungen zur diesjährigen Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) begonnen. Zu Beginn der Verhandlungen machte die dbb tarifunion das dringende Bedürfnis der Beschäftigten nach einer Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung gegenüber den Arbeitgebervertretern deutlich. Nach Ansicht der dbb tarifunion ist diese Teilhabe nicht nur fair sondern auch dringend notwendig, um beim Kampf um die besten Köpfe weiter konkurrenzfähig zu bleiben.

Den Arbeitgebern wurde in diesem Zusammenhang das Forderungspaket des dbb vorgestellt. Eine **Erhöhung der Tabellenentgelte** sowie der Ausbildungsentgelte **um 50 Euro als Sockelbetrag** und darauf eine **Anhebung um drei Prozent** bei einer **Laufzeit von 14 Monaten**, die Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich und eine **zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts auf den Beamtenbereich** sind die Kernforderungen. Außerdem fordert der dbb die Umsetzung der Vereinbarung vom 1. März 2009 zur Eingruppierung unter Einbeziehung der Lehrkräfte, eine Öffnung, um auf Landesebene über Altersteilzeit verhandeln zu können und eine gewerkschaftliche Vorteilsregelung für dbb Mitglieder.

Die dbb tarifunion machte deutlich, dass all denjenigen eine Teilhabe am derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht werden muss, die mit ihrer Leistung erst dafür gesorgt haben, dass es nunmehr wieder bergauf geht. In Zeiten wirtschaftlichen Versagens hat gerade der Öffentliche Dienst zuverlässig gearbeitet. Daher ist es an der Zeit, Arbeitnehmer, Auszubildende und Landes- wie Kommunalbeamte dann am Aufschwung partizipieren zu lassen, wenn es wieder besser läuft. Ein spürbares Einkommensplus ist ein Zeichen von wirtschaftlicher Teilhabe am Aufschwung. Bei einer zu erwartenden Inflationsrate von rund zwei Prozent im Januar 2011 muss diese ebenfalls bei der Einkommenssteigerung beachtet werden. In der Privatwirtschaft wurden in den vergangenen Monaten Einkommenserhöhungen von teilweise weit über drei Prozent erzielt. Hier darf der Öffentliche Dienst nicht bei der Lohnentwicklung abgekoppelt werden.

Die dbb tarifunion wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich der Öffentlich Dienst stärker als früher dem Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe stellen muss. Wer gut qualifizierten Nachwuchs gewinnen will, muss Rahmenbedingungen schaffen, die jungen Menschen eine Perspektive bieten. Es wurde deutlich gemacht, dass ein geschwächter Öffentlicher Dienst letztlich immer zu Lasten des Bürgers gehe.

Der TdL-Verhandlungsführer, Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring, wollte in dieser Auftaktrunde noch kein konkretes Angebot abgeben. Zur Frage des drohenden Fachkräftemangels wies er darauf hin, dass es bislang kein Problem sei, genügend gut ausgebildete junge Menschen für die Arbeit im Öffentlichen Dienst gewinnen zu können. Auch könne keine Rede von einer Abkopplung des Öffentlichen Dienstes bei der Lohnentwicklung sein. Ein Fingerzeig auf die zu erwartende harte Tarifrunde war die Bemerkung Möllrings, dass die Kassen der Haushälter in den einzelnen Bundesländern nach wie vor leer seien und in den vergangenen Jahren teilweise sogar Kürzungen beim Personal durchgeführt werden mussten. Auf die Erwartung angesprochen, wie lange die Tarifrunde

seiner Einschätzung nach dauere sprach Möllring davon, dass zwischen zwei Monaten und zwei Jahren alles möglich sei.

Auch wenn diese letzte Antwort des Verhandlungsführers der Arbeitgeber nicht ganz ernst gemeint sein dürfte, deutet sich doch an, dass auch in diesem Jahr wieder eine harte Auseinandersetzung geführt werden muss. Dass sich die Arbeitgeber in alten Ritualen üben und sich hinter die übliche Tarifrhetorik der leeren Kassen zurückziehen ist bedauerlich. Die Forderungen der dbb tarifunion sind sachgerecht und dienen der Funktionsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes. Wir hoffen hier auf die Einsichtsfähigkeit der Arbeitgeber.

Die dbb tarifunion ist aber auch gut aufgestellt, um eine längere Auseinandersetzung bestehen zu können. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn wir hier unabhängig von Statusgruppen und Fachgewerkschaften an einem Strang ziehen und in den kommenden Wochen gemeinsam für unsere Forderungen eintreten.

Die Verhandlungen werden am 24. Februar 2011 in Potsdam fortgesetzt. Wir werden, wie gewohnt zeitnah, über den Fortgang berichten.

Mit kollegialen Grüßen

Michael Welsch, GdV-Landesvorsitzender